

München, 18.02.2021

Wohnen in Corona-Krise: Staatsregierung muss notleidenden Mieterinnen und Mietern helfen

Wohnungspolitische Sprecherin Natascha Kohnen: Lage hat sich durch Pandemie für viele Mieterinnen und Mieter verschärft - Staatsregierung und Bauministerin müssen Bauen endlich als staatliche Aufgabe sehen

Die Wohnproblematik in Bayern hat sich durch Corona verschärft: Allein in der Landeshauptstadt hat sich die Anzahl der Wohngeldanträge verdoppelt. Im Rahmen einer Pressekonferenz hat die wohnungspolitische Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion **Natascha Kohnen** darum unter anderem gefordert, einen Corona-Fonds für Mieterinnen und Mieter aufzulegen: "Durch die Corona-Krise sind viele Menschen auch in Bayern in finanzielle Not geraten und fürchten um ihre Wohnung. Mit einem Corona-Wohnfonds könnte diesen Mieterinnen und Mietern geholfen werden - zunächst als zinsloses Darlehen, das nach eingehender Prüfung im Notfall in einen Zuschuss umgewandelt werden könnte."

Auch für die Bau- und Wohnungspolitik nach Corona sieht Kohnen dringenden Handlungsbedarf: "Bauministerin Schreyer versteht ihren Job nicht, wenn sie sagt, dass der Freistaat nicht dafür da sei, Wohnungen zu bauen. In Zukunft muss Bauen und Wohnen vom Freistaat endlich priorisiert und die Kommunen nach aller Kraft unterstützt werden. Es kann nicht sein, dass die staatseigene Baugesellschaft Bayernheim sich zeitgleich aus kommunalen Töpfen bedient und gleichzeitig bisher kaum Wohnungen selbst gebaut hat."

Auch Obdachlosigkeit sei während Corona ein noch größeres Problem geworden, mahnt Kohnen - darum plädiert sie für ein Housing-First-Konzept, wie es bereits in Finnland erfolgreich praktiziert wird. "Die Menschen, die in die Obdachlosigkeit gerutscht sind, müssen sich hierzulande erst beweisen, bevor sie irgendwann die Chance auf eine eigene Wohnung haben. Das ist der falsche Weg und obendrein teuer. Wir fordern, obdachlose Menschen so schnell wie möglich eine eigene Wohnung zur Verfügung zu stellen - damit sich alle weiteren Probleme von einer sicheren Basis aus lösen lassen können."

Das Handout zur Pressekonferenz und die übrigen Forderungen finden Sie [hier](#).